

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU und PDS

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des II. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Międzyzdroje/Misdroy (Republik Polen) am 20. und 21. September 2004

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von dem II. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 20. und 21. September 2004 in Międzyzdroje/Misdroy (Republik Polen) verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, den Beschlüssen des II. Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen.

Volker Schlotmann und Fraktion

Eckhardt Rehberg und Fraktion

Angelika Gramkow und Fraktion

Begründung:

Vom 20. bis 21. September 2004 fand in Międzyzdroje/Misdroy, Republik Polen, zum zweiten Mal ein Zusammentreffen der Parlamente der Regionen im südlichen Ostseeraum (II. Parlamentsforum Südliche Ostsee) statt, an dem Delegierte des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, des Landtages Schleswig-Holstein sowie der Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern und Pommern teilgenommen haben. Des Weiteren waren als Beobachter Delegierte des Regionalparlamentes Schonen zugegen. An der Veranstaltung nahmen auch Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, der Woiwodschaft Westpommern sowie der Woiwodschaft Pommern teil.

Das II. Parlamentsforum Südliche Ostsee stand unter der Überschrift „Prioritäten der regionalen Struktur-, Tourismus- und Jugendpolitik“. In drei Konferenzabschnitten wurden diese Themenbereiche behandelt. Der erste Konferenzabschnitt, der sich auf die europäische Strukturpolitik nach 2006 bezog, wurde durch einen Vortrag eines Experten der Europäischen Kommission aus der Generaldirektion Regionalpolitik eingeleitet. Im Anschluss daran stellten die Regionen ihre Positionen zum 3. Kohäsionsbericht der Europäischen Union „Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion: Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation“ dar.

Gemäß Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 24.06.2004 zu Ziffer III der Drucksache 4/1259 (Beschlussempfehlung und Bericht des Rechts- und Europaausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD, Drucksache 4/1110 - Europäische Strukturpolitik auch nach 2006 erhalten -) brachte der Landtag den Inhalt dieser Vorlage als seine Stellungnahme zur europäischen Strukturpolitik in den gemeinsamen Dialog ein.

In unmittelbarer Vorbereitung des Parlamentsforums war von Seiten der Staatskanzlei die Auffassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf die Positionierung zur EU-Strukturpolitik nach 2006 verdeutlicht worden. Deshalb konnte hinsichtlich der europäischen territorialen Zusammenarbeit und des Vorschlages der Kommission zu den erweiterten Möglichkeiten der seegrenzenüberschreitenden Zusammenarbeit aus Sicht Mecklenburg-Vorpommerns nicht auf die insbesondere von der Delegation des Sejmik der Woiwodschaft Pommern erhobene Forderung eingegangen werden, die seegrenzenüberschreitende Zusammenarbeit über die 150-Kilometer-Grenze hinweg auszuweiten. Die Delegationen der Parlamente konnten sich in der Resolution daher nur auf einen Prüfauftrag verständigen.

Im Übrigen hat das Parlamentsforum Südliche Ostsee in seiner Resolution in Ziffer I „Zur europäischen Strukturpolitik nach 2006“ in fast allen Aussagen die im Landtagsbeschluss zur Drucksache 4/1259 getroffenen Inhalte aufgegriffen, in dem im Wesentlichen

- die herausragende Bedeutung der europäischen Strukturpolitik betont wird,
- das klare Bekenntnis der Europäischen Kommission zur Fortsetzung einer auf die tatsächliche Konvergenz ausgerichtete Strukturpolitik, die Einführung des Neuen Nachbarschaftsinstruments und die Aufwertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch ein neues Ziel 3 „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ begrüßt wird,
- das Ziel der Vereinfachung und Entbürokratisierung bei der Überprüfung der Planungs- und Durchführungsverfahren und die Zusammenfassung der derzeit mit der Entwicklung des ländlichen Raumes und des Fischereisektors im Zusammenhang stehenden Instrumente zu jeweils einem Instrument unterstützt wird,
- die Auffassung vertreten wird, dass eine größtmögliche Entscheidungsfreiheit für die Region am besten die zielgenaue Ausrichtung der Programme und damit ihre Wirksamkeit gewährleistet,
- die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften und die Regierungen der Bundesländer gebeten werden, alle Möglichkeiten auszuloten, um mit Hilfe von grenzüberschreitenden Förderungen die Entwicklungspotentiale des Ostseeraumes gemeinsam zu erschließen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat in seiner Resolution in Ziffer II „Zur Tourismuspolitik“ im Wesentlichen die Forderungen aufgenommen, die die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in ihren Ausführungen zur Regional- und Tourismuspolitik erhoben hatte. Die Zielsetzung wurde aufgegriffen, das touristische Wachstumspotential der südlichen Ostseeregion künftig verstärkt durch gemeinsame Initiativen zu nutzen. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, die Aus- und Fortbildung der im Tourismusbereich Tätigen zu verbessern und sich europäische Fördermöglichkeiten hierzu zu erschließen, damit vor allem Gästen aus dem internationalen Bereich verstärkt Rechnung getragen werden könne.

Durch eine verbesserte grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur soll die touristische Attraktivität der Region „Südliche Ostsee“ erhöht werden. Das Parlamentsforum sieht die Notwendigkeit eines ökonomischen, umwelt- und sozialverträglichen Tourismus basierend auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit, um die natürlichen Grundlagen und das kulturelle Erbe zu bewahren. Ferner werden die Regierungen der Bundesländer und die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften gebeten, eine Bündelung der Kompetenzen und Vernetzung der regionalen touristischen Strukturen herbeizuführen, um zielgruppen- und themenorientiert neue gemeinsame Marktpotentiale besonders im Hinblick auf den internationalen Tourismus zu erschließen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hatte von vornherein das Anliegen, Jugendliche aus den einzelnen Regionen aktiv an den Inhalten der Konferenz zu beteiligen.

Ausgehend von den Erfahrungen des zwischen der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Westpommern und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam ausgerichteten Jugendprojektes „Die Perspektiven der Jugend in den Regionen nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union“, die vertieft im zweiten Konferenzabschnitt vorgestellt wurden, befasste sich das Forum mit der Beteiligung der Jugend an den Entscheidungsprozessen in der Zivilgesellschaft.

Hieraus abgeleitet, beabsichtigt das Parlamentsforum Südliche Ostsee im Wesentlichen, Jugendliche so weit wie möglich am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen. Die Auswahl der Jugendlichen sollte auf der Basis von Legitimationsprozessen erfolgen. Auch sollen Hospitations- bzw. Austauschprogramme von Jugendlichen bei deutschen und polnischen Abgeordneten erfolgen, damit die Möglichkeit bestehe, politische Abläufe kennenzulernen. In die Parlamentspartnerschaften sollen Schulpartnerschaften einbezogen werden.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee möchte zum III. Parlamentsforum, das im September 2005 in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden soll, einen Gesamtüberblick über jugendpolitische Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaftsabkommen erhalten und diese Aktivitäten gegebenenfalls mit den Aktivitäten des Parlamentsforums verzahnen. Jugendvertretern solle Gelegenheit gegeben werden, regelmäßig an den Konferenzen des Parlamentsforums Südliche Ostsee teilzunehmen. Die Regierungen der Bundesländer und die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften werden durch das Parlamentsforum Südliche Ostsee gebeten, gemeinsame Programme zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Jugendzusammenarbeit und des Jugendaustausches zu entwickeln und umzusetzen.

Anlage**Resolution****des II. Parlamentsforums Südliche Ostsee
20. bis 21. September 2004
in Międzyzdroje/Misdroy**

In Realisierung der Gemeinsamen Erklärung über die interregionale Zusammenarbeit der Parlamente im südlichen Ostseeraum

unter Berücksichtigung

- des dritten Berichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (3. Kohäsionsbericht der Europäischen Union) „Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion: Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation“,
- des Weißbuchs der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“,
- des von der EU-Kommission zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik vorgelegten Programmentwurfs „Jugend in Aktion 2007 - 2013“ mit den Schwerpunkten: aktive europäische Bürgerschaft, Völkerverständigung, Solidarität und Unterstützung der Zivilgesellschaft besonders im Jugendbereich,
- der UN-Kinderrechtskonvention, die unter anderem zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen zählt, dass diese sich umfassend am sozialen, kulturellen und familiären Leben beteiligen können,
- der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Grundlinien zur Nachhaltigkeit des Europäischen Tourismus“ an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen,

unter Konzentration

auf Fragen der Struktur-, Tourismus- und Jugendpolitik im südlichen Ostseeraum erklären die Teilnehmer am II. Parlamentsforum Südliche Ostsee:

I. Zur europäischen Strukturpolitik nach 2006**Das Parlamentsforum Südliche Ostsee****betont**

- die herausragende Bedeutung der europäischen Strukturpolitik für die Bewältigung der sozialen und ökonomischen Anpassungsprozesse im Bereich der Südlichen Ostsee und unterstützt die Europäische Kommission darin, auch weiterhin im Wege ihrer Kohäsionspolitik die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen in der Europäischen Gemeinschaft gemäß Artikel 158 des EG-Vertrages verringern zu wollen,

begrüßt

- das klare Bekenntnis der Europäischen Kommission zur Fortsetzung der Strukturpolitik nach 2006,
- eine auf die tatsächliche Konvergenz der Regionen ausgerichtete Strukturpolitik der Europäischen Kommission,
- den Vorschlag der Kommission, die grenzüberschreitende, transnationale und internationale Zusammenarbeit durch ein neues Ziel 3 „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aufzuwerten,
- den Vorschlag zur Einführung des Neuen Nachbarschaftsinstruments (NNI), das die friedliche Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den neuen Nachbarn stärken soll,
- die Verknüpfung der Strukturpolitik mit den Zielen der Europäischen Räte von Lissabon bis Göteborg, die die EU bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen wollen,

unterstützt

- das Ziel der Kommission, in die Neugestaltung der EU-Strukturpolitik auch eine Überprüfung der Planungs- und Durchführungsverfahren mit dem Ziel der Vereinfachung und Entbürokratisierung einzubeziehen. Ziel einer Vereinfachung muss es auch sein, die Förderung noch stärker zu konzentrieren, Verantwortung und Handlungsfreiheit der Förderregionen hinsichtlich einer bedarfsorientierten und regionalen EU-Strukturpolitik zu intensivieren und hierbei die Einbeziehung der parlamentarischen Gremien als auch der Gremien der Selbstverwaltung in den Regionen zu stärken,
- den Vorschlag der Kommission zur Zusammenfassung der derzeit mit der Entwicklung des ländlichen Raumes und des Fischereisektors im Zusammenhang stehenden Instrumente zu jeweils einem Instrument im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik mit entsprechenden Fördermöglichkeiten, entsprechender Mittelausstattung und fordert die Schaffung von koordinierenden Instrumenten,

vertritt die Auffassung,

- dass eine größtmögliche Entscheidungsfreiheit für die Regionen am besten die zielgenaue Ausrichtung der Programme und damit ihre Wirksamkeit gewährleistet. Ebenso sollte der Bereich der Finanzabwicklung und Finanzkontrolle wieder verstärkt auf die Kontrolle im Rahmen der jeweiligen nationalen Haushaltsordnungen zurückgeführt werden, um auch hierdurch die regionale Verantwortung parlamentarischer Gremien und Gremien der Selbstverwaltung in den Regionen zu stärken,

bittet

- die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften und die Regierungen der Bundesländer, alle Möglichkeiten auszuloten, um mit Hilfe von grenzüberschreitenden Förderungen die Entwicklungspotentiale des Ostseeraumes gemeinsam zu erschließen und als Förderkulisse für die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen der nördlichen Dimension zu stärken. Die Prüfung der Problematik der kilometerscharf abgegrenzten Fördergebiete bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum sollte dabei einbezogen werden,

- die Mitglieder des Europäischen Parlamentes und des Ausschusses der Regionen aus Pommern, Westpommern, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein darum, die Stellungnahme im Rahmen ihrer Arbeit aufzugreifen und zu berücksichtigen.

II. Zur Tourismuspolitik

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

stimmt überein in der Zielsetzung,

- das touristische Wachstumspotential der südlichen Ostseeregion zukünftig verstärkt durch gemeinsame Initiativen zu nutzen,
- den Bekanntheitsgrad der touristischen Destination „Südliche Ostsee“ weiter zu erhöhen,

sieht die Notwendigkeit

- europäische Fördermöglichkeiten insbesondere in Bezug auf Aus- und Fortbildung der in der Tourismusbranche Tätigen gemeinsam zu erschließen, um den Bedürfnissen und Anforderungen der touristischen Zielgruppen, vor allem im internationalen Bereich, verstärkt Rechnung zu tragen,
- der Zusammenarbeit bei einer grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur, um die touristische Attraktivität der Region „Südliche Ostsee“ zu erhöhen,
- eines ökonomischen-, umwelt- und sozialverträglichen Tourismus basierend auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit, um die natürlichen Grundlagen und das kulturelle Erbe zu bewahren,

bittet

- die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften und die Regierungen der Bundesländer, eine Bündelung der Kompetenzen und Vernetzung der regionalen touristischen Strukturen herbeizuführen, um zielgruppen- und themenorientiert neue gemeinsame Marktpotentiale, insbesondere im internationalen Tourismus, zu erschließen.

III. Zur Jugendpolitik

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

begrüßt

- die aktive Beteiligung von Jugendlichen aus den Woiwodschaften Pommern und Westpommern sowie den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Rahmen des II. Parlamentsforums Südliche Ostsee,

bekundet die Absicht,

- gemeinsame interregionale Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend in Aktion 2007 bis 2013“ zu initiieren,
- Jugendliche so weit wie möglich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wobei die Bandbreite je nach Materie und Einzelfall von der Mitsprache über die Mitwirkungs- bis hin zu der Mitbestimmungsmöglichkeit reichen kann. Die Auswahl der Jugendlichen, die sich an Entscheidungsprozessen beteiligen, sollte auf der Basis von Legitimationsprozessen erfolgen.
- Hospitations- bzw. Austauschprogramme von Jugendlichen bei deutschen und polnischen Abgeordneten als eine Form des Kennenlernens politischer Abläufe für Jugendliche anzubieten und diese bei Erweiterung des Parlamentsforums Südliche Ostsee entsprechend auszuweiten,
- Partnerschaften von Schulen in die Aktivitäten der Parlamentspartnerschaften einzubeziehen,
- sich einen Gesamtüberblick über die jugendpolitischen Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaftsabkommen auf Regierungsebene zu verschaffen, diesen Überblick beim III. Parlamentsforum Südliche Ostsee vorzulegen und die jugendpolitischen Aktivitäten gegebenenfalls mit den Aktivitäten des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu verzahnen,
- den Jugendvertretern Gelegenheit zu geben, regelmäßig an den Konferenzen des Parlamentsforums Südliche Ostsee teilzunehmen und ihre Position zu den jeweiligen Konferenzthemen einzubringen,
- die Entwicklung und den Aufbau von Jugendräten in den Regionen der südlichen Ostsee zu unterstützen und

bittet

- die Regierungen der Bundesländer und die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften, gemeinsame Programme zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Jugendzusammenarbeit und des Jugendaustauschs zu entwickeln und umzusetzen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee**Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern**

Sylvia Bretschneider

**Präsident des Landtages
Schleswig-Holstein**

Heinz-Werner Arens

**Vorsitzender des Sejmik der
Woiwodschaft Westpommern**

Karol Osowski

**Vorsitzender des Sejmik der
Woiwodschaft Pommern**

Brunon Synak

Rezolucja

II Forum Parlamentów Południowego Bałtyku 20 - 21 września 2004r. Międzyzdroje

Realizując Wspólną deklarację o międzyregionalnej współpracy parlamentów w Południowym Basenie Morza Bałtyckiego,

uwzględniając

- Trzeci Raport na temat spójności społecznej i gospodarczej "Nowe partnerstwo dla spójności: konwergencja, konkurencyjność, współpraca",
- Białą Księgę Komisji Europejskiej „Nowe impulsy dla młodzieży europejskiej”,
- projekt programu przedłożonego przez Komisję Europejską celem wspierania współpracy europejskiej w zakresie polityki młodzieżowej „Młodzież w akcji 2007 - 2013“ wraz z jego głównymi założeniami, takimi jak: aktywne obywatelstwo europejskie, porozumienie między narodami, solidarność oraz wspieranie społeczeństwa obywatelskiego w szczególności w odniesieniu do młodzieży,
- Konwencję Praw Dziecka ONZ, która między innymi broni praw dzieci i młodzieży, umożliwiając im szerokie uczestnictwo w życiu społecznym rodzinnym i kulturalnym,
- Komunikat Komisji Europejskiej dotyczący głównych kierunków zrównoważonego rozwoju europejskiej turystyki

koncentrując się

na zagadnieniach dotyczących polityki strukturalnej, turystycznej i młodzieżowej w południowym obszarze Morza Bałtyckiego

uczestnicy II Forum Parlamentów Południowego Bałtyku deklarują:

I. Nawiązując do europejskiej polityki strukturalnej po roku 2006

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

Podkreśla doniosłe znaczenie europejskiej polityki strukturalnej w kwestii sprostania społecznym i ekonomicznym procesom adaptacyjnym w obszarze Morza Bałtyckiego oraz wspiera Komisję Europejską w procesie dalszego zmniejszania różnic w poziomie rozwoju poszczególnych regionów we Wspólnocie Europejskiej zgodnie z artykułem 158 Traktatu Wspólnoty Europejskiej poprzez politykę spójności.

Pozytywnie ocenia

- jasno sformułowane stanowisko Komisji Europejskiej co do kontynuacji polityki strukturalnej po 2006 r.,
- nastawiony na rzeczywistą konwergencję regionów kierunek polityki strukturalnej UE,
- propozycję Komisji podniesienia znaczenia współpracy transgranicznej, ponadnarodowej i międzynarodowej poprzez nowy Cel 3 „Europejska Współpraca Terytorialna”,
- propozycję wprowadzenia Nowego Instrumentu Sąsiedztwa (NNI), który ma wzmocnić pokojową współpracę Unii Europejskiej z nowymi sąsiadami,
- powiązanie polityki strukturalnej z celami Rady Europejskiej z Lizbony aż po Goeteborg, aby Unia Europejska stała się do 2010 r. najbardziej konkurencyjnym, opartym na wiedzy i dynamicznym obszarem gospodarczym na świecie

wspiera

- cel Komisji, tj. włączenie do nowej formy polityki strukturalnej Unii Europejskiej kontroli procedur planowania i realizacji w celu uproszczenia i odbiurokratyzowania. Celem uproszczenia powinna być również większa koncentracja wsparcia oraz zwiększenie odpowiedzialności i swobody działania regionów objętych wsparciem w odniesieniu do regionalnej i ukierunkowanej na potrzeby polityki strukturalnej UE oraz wzmocnione zaangażowanie gremiów parlamentarnych oraz samorządowych w regionach,
- propozycję Komisji w zakresie połączenia instrumentów związanych obecnie z rozwojem obszarów wiejskich i sektora rybołówstwa w jeden instrument w ramach Wspólnej Polityki Rolnej, wyposażony w odpowiednie możliwości wsparcia i środki finansowe oraz widzi konieczność tworzenia mechanizmów efektywnej koordynacji polityki strukturalnej i polityki rozwoju obszarów wiejskich i rybołówstwa

reprezentuje pogląd,

- że możliwie jak największa swoboda w podejmowaniu decyzji najlepiej gwarantuje regionom celowe ukierunkowanie programów, a tym samym ich skuteczność. Również zakres regulacji i kontrola finansowa powinny ponownie podlegać kontroli w ramach odpowiednich przepisów budżetowych, aby w ten sposób wzmocnić regionalną odpowiedzialność gremiów parlamentarnych i samorządowych

zwraca się z prośbą

- do samorządów wojewódzkich i rządów krajów związkowych o sprawdzenie wszystkich możliwości, aby przy pomocy transgranicznych środków pomocowych wspólnie budować potencjał rozwojowy obszaru Morza Bałtyckiego oraz go wzmocnić jako kulisy wspierania dla ponadnarodowej współpracy w ramach Wymiaru Północnego. Należy przy tym uwzględnić sprawdzenie problematyki kilometrowej delimitacji obszarów wsparcia w przypadku współpracy transgranicznej w Basenie Morza Bałtyckiego,
- do członków Parlamentu Europejskiego i Komitetu Regionów z Pomorskiego, Zachodniopomorskiego, Meklemburgii-Pomorza Przedniego i Szlezwika-Holsztynu o uwzględnienie tego stanowiska w ramach swojej pracy.

II. Nawiązując do polityki turystycznej

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

jest zgodne co do celu:

- podejmowania wspólnych inicjatyw, celem zwiększenia potencjału turystycznego obszaru Południowego Bałtyku,
- dalszego zwiększania stopnia identyfikacji regionu Południowego Bałtyku jako obszaru turystycznego

widzi konieczność:

- wspólnego wykorzystywania europejskich możliwości wsparcia, w szczególności w zakresie kształcenia i doskonalenia zawodowego osób działających w branży turystycznej, celem sprostania potrzebom i wymogom grup turystycznych głównie w sektorze międzynarodowym,
- współpracy w zakresie spójnej, transgranicznej infrastruktury transportowej w celu zwiększenia atrakcyjności turystycznej Regionu,
- wzrostu znaczenia turystyki przy uwzględnieniu zasady zrównoważonego rozwoju w celu zachowania wartości środowiska przyrodniczego i dziedzictwa kulturowego

zwraca się z prośbą

- do rządów niemieckich krajów związkowych oraz samorządów polskich województw o zainicjowanie współpracy sieciowej, która umożliwi regionom Południowego Bałtyku współdziałanie przy uwzględnieniu interesów regionalnych w celu wspólnego występowania i działań marketingowych.

III. Nawiązując do polityki młodzieżowej

Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

pochwala

- aktywny udział młodzieży z województw Pomorskiego i Zachodniopomorskiego oraz z krajów związkowych: Meklemburgii-Pomorza Przedniego i Szlezwika-Holsztynu w ramach Forum Parlamentów Południowego Bałtyku

wyraża zamiar

- inicjowania wspólnych międzyregionalnych projektów w ramach programu „Młodzież w akcji 2007 - 2013“,
- możliwie szerokiego włączania młodzieży do politycznych procesów decyzyjnych, przy czym paleta możliwości sięgać może - w zależności od materii i konkretnego przypadku - od włączania się do dyskusji, poprzez współdziałanie, współdecydowanie aż po współodpowiedzialność. Młodzież uczestnicząca w tych procesach powinna być delegowana w drodze wyborów,
- oferowania programów obejmujących hospitacje i wymianę młodzieży u niemieckich i polskich deputowanych i radnych jako forma poznania procedur politycznych. Oferta programowa będzie rozszerzana wraz z rozwojem współpracy w ramach Forum Parlamentów Południowego Bałtyku,
- włączania partnerstw szkół do działań w ramach współpracy Parlamentów,
- dokonania przeglądu całokształtu politycznej działalności młodzieży w ramach umów partnerskich na płaszczyźnie rządowej i przedstawienia go na Trzecim Forum Parlamentów Południowego Bałtyku, jak również włączenia tej działalności do prac Forum,
- stwarzania okazji do regularnego uczestnictwa w konferencji Forum Parlamentów Południowego Bałtyku delegacjom przedstawicieli młodzieży i uwzględniania ich stanowiska w odniesieniu do danych tematów konferencji,
- wspierania tworzenia i rozwoju regionalnych rad młodzieży w Obszarze Południowego Bałtyku

zwraca się z prośbą

- do rządów niemieckich krajów związkowych oraz samorządów polskich województw o stworzenie i wprowadzenie w życie wspólnych programów, które będą miały za zadanie intensyfikację transgranicznej współpracy i wymiany młodzieży.

**Prezydent Landtagu
Meklemburgii - Pomorza Przedniego**

Sylvia Bretschneider

**Przewodniczący Sejmiku
Województwa Zachodniopomorskiego**

Karol Osowski

**Prezydent Landtagu
Szlezwika - Holsztynu**

Heinz-Werner Arens

**Przewodniczący Sejmiku
Województwa Pomorskiego**

Brunon Synak